

druckte „Tagebuch“. Es ist weniger ein Protokoll der Sejmsitzungen als vielmehr eine mit der Routine eines Berufspolitikers verfaßte Darstellung der Hintergründe dieser Ereignisse, bei denen, nach seiner Meinung, Manipulation mit Gesetzen, persönliche Sympathie oder Gegnerschaft die entscheidende Rolle spielten.

Die Schrift über die Revolution von 1794 ist ein ebenfalls lebendiger Bericht über Beweggründe und Verlauf der einzelnen Ereignisse des Jahres 1794, einer von verschiedenen politischen Richtungen getragenen Bewegung. Leidenschaftlich sucht T. seine eigene, oft zwielichtige Tätigkeit zu rechtfertigen, wobei er die Bloßstellung des politischen Gegners, der meist auch sein persönlicher Gegner ist, nicht scheut. Die Hauptakteure der Revolution wie Tadeusz Kościuszko, Hugo Kołłątaj, Ignacy Potocki, Fürst Józef Poniatowski und andere mehr finden uneingeschränkte Anerkennung oder Verurteilung.

Obwohl in beiden Schriften das persönliche Erlebnis im Vordergrund steht, liefern sie einen zusätzlichen Beitrag zum besseren Verständnis dieser Epoche und besonders der Mentalität der damaligen Politiker.

Köln

Monika Skibicki

Erhard Moritz: Preußen und der Kościuszko-Aufstand 1794. Zur preußischen Polenpolitik in der Zeit der Französischen Revolution. (Schriftenreihe des Instituts für allgemeine Geschichte an der Humboldt-Univ. Berlin, Bd 11.)

VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften. Berlin(-Ost) 1968. 231 S., 4 Ktn.

Das in der deutschen und polnischen Geschichtsschreibung häufig behandelte Thema der Rolle Preußens bei den Teilungen Polens überhaupt und dem Kościuszko-Aufstand sowie der dritten Teilung im besonderen schildert der Vf. in allen Einzelheiten. Er setzt sich mit den deutschsprachigen Arbeiten vor 1945 und denen der letzten Jahre kritisch auseinander (besondere Kritik gilt den Arbeiten von Hans-Joachim Schoeps, Gerhard Ritter, Wolfgang Wolfram v. Wolmar und Walther Hubatsch). Außer auf Quellenveröffentlichungen und Literatur, besonders die polnische der neuesten Zeit, stützt sich der Vf. auf eigene Archivstudien im Deutschen Zentralarchiv in Merseburg, im Staatsarchiv Dresden und im Wojewodschaftsarchiv Posen.

Die Politik Preußens gegenüber dem Kościuszko-Aufstand wird dargestellt als ein Ausschnitt des preußischen „Dranges nach Osten“, der sich seit der Gründung Brandenburg-Preußens bis zur Hitler-Zeit als brutale Raubpolitik Polen gegenüber geäußert habe. Ausschlaggebend für die militärische Bekämpfung des Kościuszko-Aufstandes durch Preußen war nach Meinung des Vfs. nicht die Furcht vor einem „französischen Jakobinertum“ im Nachbarlande, sondern die Hoffnung der preußischen „Feudalklasse“ auf eine dritte Teilung Polens. Der preußische Adel, der zu dieser Zeit die Politik seines Landes entscheidend beeinflusst habe, habe sich wirtschaftliche Vorteile von einer Annexionspolitik versprochen: die neu angeschlossenen Gebiete würden durch erhöhte Steuern der polnischen Bevölkerung die durch den Krieg mit Frankreich erschöpfte Staatskasse füllen können; Besitz der polnischen Krone und Kirche sowie der Insurgenten könnte beschlagnahmt und als unmittelbarer Domänenbesitz Preußens oder als Schenkungen an königliche Günstlinge, an Offiziere und Beamte verwendet werden; die neu zu errichtende Verwaltung in den annektierten Ge-

bieten würde dem unbemittelten preußischen Adel viele Beamtenstellen zur Verfügung stellen.

Neben dieser einseitigen und verzerrenden Darstellung tritt in dieser Arbeit auch die ideologische Wertung des polnischen Aufstandes deutlich zutage. Zu dessen Beurteilung zieht Moritz häufig Zitate von Engels und Marx heran, welche neben dem nationalen den sozialen und antifeudalen Charakter dieses Aufstandes hervorheben. Die sich daran anschließenden Erörterungen des Vfs. stehen oft im Widerspruch zu diesen Zitaten. Dasselbe betrifft z. B. auch die Bewertung der Verfassung vom 3. Mai 1791. Das angeführte Zitat von Engels unterstreicht die „agrarisches Reform“ der genannten Verfassung. Die Ausführungen des Vfs., welche größtenteils aus den Arbeiten von Bogusław Leśniodorski übernommen werden, betonen die Tatsache, daß diese Verfassung als Werk des gemäßigten Adels die Agrarreform nicht berücksichtigt habe. Der Hauptgrund für einige Unklarheiten liegt vielleicht in der ungenügenden Überprüfung der polnischen Terminologie des 18. Jhs.

Köln

Monika Skibicki

Zbigniew Wójcik: Polska służba dyplomatyczna XVI—XVIII wieku. [Der polnische diplomatische Dienst im 16. bis 18. Jh.] Państwowe Wydawnictwo Naukowe. Warschau 1966. 488 S., engl. Zusfass.

In sechs weithin auf Archivmaterial aufgebauten und sorgfältig belegten Essays unternehmen es A. Wyczański, R. Żelewski, St. Grzybowski, Wł. Czaplinski, Zb. Wójcik, J. A. Gierowski und J. Leszczyński, die Entwicklung der polnischen Diplomatie seit ihren Anfängen zu Beginn des 16. Jhs. zu schildern. Sie beschränken sich, jedenfalls vor 1569, weithin auf das Königreich Polen selbst und befassen sich einmal mit den Trägern des diplomatischen Dienstes, weithin Magnaten oder Angehörigen der Szlachta, die im 16. Jh., besonders unter Sigismund II. August, fast ausschließlich vom König und seinen unmittelbaren Ratgebern abhingen. Dabei waren die Beziehungen zu den verschiedenen damals bedeutsamen Mächten weithin auf bestimmte Persönlichkeiten konzentriert, die als Spezialisten für sie gelten konnten. Später trat der Anteil der Magnaten zurück, Ausländer kamen stärker ins Spiel, neben Deutschen und Italienern auch Armenier, die sich inzwischen in Polen niedergelassen hatten und wegen ihrer Sprachkenntnisse besonders als Vermittler im Vorderen Orient geschätzt waren. Ansonsten war die diplomatische Sprache weithin Latein; Polnisch hatte vor allem im Verkehr mit Rußland und den Hospodaren der Moldau und der Walachei Bedeutung. Daneben gilt das Interesse der Vf., beim einen mehr, beim andern weniger, den Reisewegen, dem Rang der einzelnen Gesandten, der Vergütung ihrer Ausgaben, die von den Magnaten oft persönlich getragen und später nur zum Teil oder auch gar nicht ersetzt wurden, weiter dem Verhältnis der Diplomaten zur Staatsleitung. War anfänglich der König ihr Auftraggeber, so trat mit dem Verfall der Zentralgewalt im 17. und 18. Jh. einmal der Sejm und, als dieser durch das Liberum Veto fast völlig lahmgelegt war, der Staatsrat (Senatus Consilium) an dessen Stelle. Eine neue Entwicklung brachte das 18. Jh. mit der polnisch-sächsischen Union: Mehr noch als unter August dem Starken ging unter August III. die Vertretung des Doppelstaates